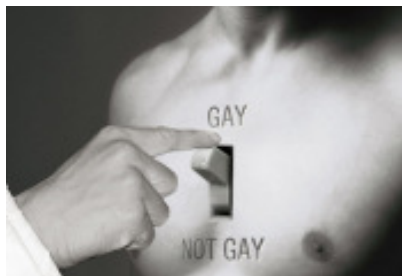


Deutschland: Umpolungstherapien bleiben erlaubt

Die Grosse Koalition hat angeblich "keine Erkenntnisse" über die Aktivitäten bekannter "Homoheiler"-Vereine. Für Regelungen der ärztlichen Berufsausübung seien zudem die Länder zuständig.



Die Bundesregierung lehnt "Therapie"-Angebote zur "Heilung" von Lesben und Schwulen ab – allerdings plant sie nicht, diese zu verbieten. Dies geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervor.

Die Regierung vertrete im Einklang mit dem Weltärztebund und der Bundesärztekammer (BÄK) die Auffassung, dass Homosexualität keine Krankheit sei und daher auch keiner Behandlung bedürfe, heisst es darin. Ärzte und Psychotherapeuten seien rechtlich dazu verpflichtet, ihren Patienten gegenüber eine den fachlichen Standards entsprechende Behandlung zu erbringen.

Würden Therapien angeboten, die geeignet sind, Menschen zu schädigen, seien im Einzelfall Ärztekammern und Approbationsbehörden gefordert, berufsrechtliche Schritte einzuleiten, heisst es in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Gegebenenfalls müssten auch die Strafverfolgungsbehörden aktiv werden. Die Bundesregierung selbst sei jedoch nicht zuständig: "Regelungen der ärztlichen Berufsausübung fallen nach dem Grundgesetz in die Zuständigkeit der Länder."

Förderung von LGBTI-Projekten als Mittel gegen "Homoheiler"

Obwohl die Grünen in ihrer Kleinen Anfrage bekannte "Homoheiler"-Vereine wie Leo, Wüstenstrom und die Offensive Junger Christen explizit aufführten, gibt sich die Grosse Koalition ahnungslos: "Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über die Aktivitäten der oben genannten drei Vereine vor." Auch sei ihr "nicht bekannt, ob andere Organisationen sogenannte Konversions- und Reparationspseudothapien anbieten oder dafür werben".

Stattdessen betonte die Regierung, dass zahlreiche LGBTI-Verbände wie der LSVD, der Bundesverband Trans* oder das Jugendnetzwerk Lambda durch Projektförderungen aus dem Bundeshaushalt in ihrer Arbeit gestärkt würden: "Diese gesamtstaatlichen Aktivitäten sollen dazu beitragen, dass sich lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen in ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität angenommen und akzeptiert fühlen und damit keine Veranlassung sehen, Angebote sogenannter Homo-Heilung und Konversions-Psychotherapien in Anspruch zu nehmen."